

(Dr. Boris Weirauch)

nungsbau im Land gesorgt. 2010, vor dem Regierungswechsel, waren es 24 000 neue Wohnungen in Baden-Württemberg,

(Abg. Tobias Wald CDU: Ein völliger Flop!)

2015 waren es unter SPD-Ägide dann schon 35 000 neue Wohnungen. Nun feiert sich die Landesregierung dafür, dass sie die Wohnraumförderung auf 250 Millionen € erhöht hat, vergisst dabei aber, zu sagen, dass davon 150 Millionen € vom Bund kamen. Sie sollten also in erster Linie der SPD und der Wohnungsbauministerin im Bund, Barbara Hendricks, danken, dass der Wohnungsbau weiter angeschoben werden kann.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Leider ist es offenkundig so, dass sich die Landesregierung hier in erster Linie mit fremden Federn zu schmücken versucht, faktisch aber selbst kaum etwas dafür tut.

Wir Sozialdemokraten setzen uns für eine Wohnraumoffensive ein, die ihren Namen verdient, und haben daher beantragt, die Wohnraumförderung auf insgesamt 300 Millionen € aufzustocken. Sie werden im Nachhinein Gelegenheit haben, uns auch persönlich zu unterstützen. Wir werden in diesem Zusammenhang eine namentliche Abstimmung beantragen.

(Abg. Claus Paal CDU: Im Geldausgeben waren Sie schon immer gut!)

Sie haben begründet, dass nicht mehr gebraucht wird. Im Finanzausschuss wurde gesagt, es gebe nicht genug Nachfrage bei den Fördermitteln. Ist das Ihr Ernst? Wollen Sie das jungen Familien in Baden-Württemberg erklären, dass es zu wenig Bedarf, zu wenig Abfrage bei den Fördermitteln gibt?

Der Mieterbund fordert 330 Millionen € für die Wohnraumförderung, weil er sagt, es muss in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg mehrere Hunderttausend neue Wohnungen geben. Da werden Sie nun sagen: Ja, klar, der Mieterbund muss auch nicht bauen. Aber dann lassen Sie mich auch noch den Präsidenten der Landesvereinigung Bauwirtschaft, Thomas Schleicher, zitieren. Er sagte in der vergangenen Woche zur Landeswohnraumförderung 2017, die zusätzlichen Mittel seien „bei Weitem nicht ausreichend“.

Nicht unerwähnt bleiben sollte in diesem Zusammenhang, dass Sie selbst, Frau Ministerin, mit Ihren Entscheidungen die Bauwirtschaft im geförderten Wohnungsbau blockieren, indem Sie das Instrument der mittelbaren Belegung proaktiv und ohne Not in Brüssel auf Vereinbarkeit mit EU-Recht prüfen lassen. Damit versetzen Sie dem sozialen Wohnungsbau einen harten Schlag. In meinem Wahlkreis in Mannheim haben Sie damit schon helle Aufregung verursacht, da die mittelbare Belegung eines der entscheidenden Instrumente bei der sozial ausgewogenen Entwicklung der Konversionsflächen darstellt. Ihr Ansatz ist fatal, aber in dieser Fatalität auch konsequent. Mit Ihrer Politik würgen Sie die Nachfrage ab, die Förderung sinkt, und am Schluss reichen natürlich auch die 250 Millionen €.

Abschließend kann ich nur sagen: Die SPD hat in der vergangenen Woche ein ganzes Bündel von Maßnahmen für den Wohnungsbau vorgelegt: Entschlackung der Landesbauordnung, Halbierung der Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb

(Abg. Tobias Wald CDU: Und vorher erhöht!)

selbst genutzten Wohnraums oder die Einrichtung einer Ideenwerkstatt für Wohnen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Scheinheilig! – Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Nehmen Sie sich daran ein Beispiel. Packen Sie den Wohnungsbau im Land beherzter an. Dazu besteht auch in diesem Haushalt die Gelegenheit. Stimmen Sie der Erhöhung der Wohnungsbaukosten auf 300 Millionen € zu.

(Beifall bei der SPD)

Tun Sie etwas für die Menschen, für die jungen Familien hier im Land, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.

Einen letzten Satz bitte noch. Ich zitiere nicht Mahatma Gandhi, ich mache es ein bisschen bodenständiger. Ich erlaube mir, den Bundesdirektor des Deutschen Mieterbunds, Lukas Siebenkotten, abschließend zu zitieren, der am 2. Februar bei einer Veranstaltung in Mannheim zum Wohnungsbau gesagt hat:

Es ist notwendig, dass sich irgendwann auch einmal der Ministerpräsident ... mit dem Thema Wohnen beschäftigt.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich! geht es nicht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Es sind nicht mehr alle da, aber doch noch einige.

Dieser Haushalt steht im Zeichen der wiederhergestellten Eigenständigkeit des Wirtschaftsministeriums, nun mit der Zuständigkeit für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau. Mit 939 Millionen € verfügt es über 2 % des Landeshaushalts. Ein kleiner Betrag, und doch ein so wichtiges Ministerium. Ist es doch für uns ein Ausdruck dafür, dass es in diesem Land, in Baden-Württemberg, auf die Wirtschaft ankommt und dass sie es ist, die dafür sorgt, dass es uns, und zwar jedem, in diesem Land gut geht.

(Beifall der Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP und Anton Baron AfD)

Man merkt allerdings, dass dieser Haushalt noch vom Neubeginn geprägt ist. Er ist in erster Linie eine Fortführung bestehender Programme mit kleinen Erweiterungen und Akzenten. Die rund 65 Millionen €, die für Fachkräfte angedacht sind, und die Schwerpunkte, die in der Fachkräfteallianz gesetzt werden, sind sicherlich richtig und wichtig – ich will sie hier nicht wiederholen –, aber ein wichtiger Punkt ist aus meiner Sicht nicht deutlich genug herausgearbeitet worden, nämlich dass wir ausländische Fachkräfte gewinnen müssen, die im

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Bereich der Digitalisierung über entsprechende Qualifikationen und über entsprechendes Wissen verfügen. Diesen Bedarf werden wir weder durch Höherqualifizierung noch durch Umschulung von Bestandsmitarbeitern decken können. Hier braucht es Ideen. Da, glaube ich, können wir aus dem Ausland mehr holen als das, was wir an Bord haben.

(Zurufe)

Damit sind wir beim Technologietransfer. Der Technologietransfer bekommt etwa 90 Millionen €, davon sind allerdings 8,2 Millionen € im Bereich der Digitalisierung im Einzelplan 12 ausgewiesen. 3 Millionen € sind für E-Mobilität extra eingestellt worden, 1 Million € für den Aufbau einer Innovationswerkstatt sowie die Berufung eines Technologieberaters. Ob von diesen Aktivitäten die nötigen Impulse ausgehen, die wir im Land für unseren Strukturwandel brauchen, wage ich im Moment zu bezweifeln.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Wir brauchen neue Ideen, die über das hinausgreifen, was wir heute denken können. Unser Denken ist immer noch extrem verhaftet im Umfeld der Autoindustrie und der erneuerbaren Energien.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir brauchen nicht nur Ideen, wir brauchen auch Macher. Deswegen sind Existenzgründungen natürlich ein elementarer Teil dieser Entwicklung. Mit 5 Millionen € Risikokapital, die das Land jetzt eingestellt hat – Herr Weirauch sagte es gerade schon –, sind wir natürlich nicht gerade Vorreiter und nach außen nicht entsprechend sichtbar.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Gerade in Baden-Württemberg ist bei Existenzgründungen zu wenig am Laufen. Das hat seinen Ursprung ein Stück weit auch darin, dass wir eine starke Großindustrie haben und junge Leute deswegen immer vor der Frage stehen: Mache ich selbst etwas, oder werde ich Angestellter? Vor diesem Hintergrund müssen wir es den jungen Leuten schmackhaft machen, etwas zu riskieren und ihre Ideen zu unser aller Nutzen voranzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Förderung von Ideen ist nicht nur eine Sache der neuen, sondern auch der bestehenden Unternehmen, denn gute Ideen entstehen natürlich auch im Mittelstand. Insofern freuen wir uns, dass die einst von der FDP/DVP eingerichteten Innovationsgutscheine mit 2,1 Millionen € fortgeführt werden – zur Förderung kleiner Unternehmer und jetzt auch Gründer.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Genau! – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Sehr gut, ja!)

Auch die Förderung des Handwerks mit 1 Million € ist gut investiertes Geld, damit das Projekt „Handwerk 2025“ und die Vorschläge, von denen wir kürzlich gehört haben, weiter vorangebracht werden können. Handwerker, die im Alltag selbst stark eingebunden sind, brauchen Impulse von außen, um ihre Möglichkeiten zu erkennen und diese Wege zu gehen.

Erfreulich ist auch, dass die CDU unseren wiederholt eingebrachten Antrag zur Förderung örtlicher Leistungsschauen nun mit einem Betrag von 150 000 € aufgegriffen und eingeplant hat, sodass wir Veranstaltungen vor Ort unterstützen können; denn gerade in Zeiten der Digitalisierung ist die Stärkung des lokalen Gewerbes und Handels wichtig. Das passiert durch Begegnung von Mensch zu Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Paal CDU: Aber ihr habt euren Antrag zurückgezogen!)

– Ja, deswegen. Wir wurden gefragt, ob wir unseren Antrag zugunsten Ihres Antrags zurückziehen. Da vom Betrag her das Gleiche drinstand, haben wir keine Eitelkeiten, das nicht zu tun.

Die beste Wirtschaftspolitik besteht darin, es den Menschen einfach zu machen. Ein Staat, der es den Bürgern leicht macht, ihre Ideen zu realisieren, und der Bürokratie begrenzt, betreibt die beste Wirtschaftspolitik.

Im Bundesrat wurden im vergangenen Jahr leider eine Vielzahl von Gesetzen beschlossen – die von Baden-Württemberg mitgetragen worden sind – wie das Entgeltgleichheitsgesetz. Früher schon gab es das Thema Mindestlohnüberwachung, die Frage eines überbordenden Brandschutzes. All das sind natürlich Themen, die wir in Baden-Württemberg nicht originär lösen können. Aber ich würde doch darum bitten, dass Sie Ihre Möglichkeiten im Bundesrat nutzen und vor allem das große Versprechen „one in, one out“ einfordern, damit nicht noch mehr Bürokratie unternehmerische Aktivitäten behindert.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha!)

Das Schöne ist: Bürokratieabbau kostet nicht einmal Geld; im Gegenteil, er spart Geld auf allen Ebenen.

Kommen wir zu einem Thema, das letztlich mit dem großen Posten von 455 Millionen € und damit fast der Hälfte des Haushaltsvolumen im Wirtschaftsministerium eigentlich die Dominanz hat: die Wohnraumschaffung. 250 Millionen € für den Wohnungsbau, 205 Millionen € für die Städtebauförderung – klar, das ist ein wichtiger Punkt. Wenn man möchte, dass eine Region wächst und Arbeitskräfte kommen und bleiben, braucht man Wohnraum.

Wir stellen allerdings fest, dass die zusätzlichen Mittel ausschließlich vom Bund kommen und dass an dieser Stelle auch gefragt werden muss, ob sie so, wie sie jetzt verplant sind, richtig eingesetzt sind. Wir sind der Meinung, dass die Förderung von selbst genutztem Wohneigentum die deutlich bessere Alternative zur Förderung von Mietwohnraum ist. Alle Untersuchungen zeigen, dass Folgeeffekte, die aus der Förderung von Eigentum kommen, dazu führen, dass Altbestand frei wird; dort ist günstiger Wohnraum vorhanden. Neubauten sind in der heutigen Situation überhaupt nicht mehr unter einem Mietpreis von 12,50 € pro Quadratmeter darstellbar. Deswegen ist der Weg, zu glauben, man könne über den Neubau Leuten, die sozial schwach sind, Wohnraum verschaffen, nicht realistisch.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Gabriele Reich-Gutjahr)

Natürlich können wir durch die Abschaffung mancher hinderlicher Regelungen in der LBO und anderer Kostentreiber dafür sorgen, dass sich die Preise verbessern. Aber wir kommen ja nicht voran. Die Einrichtung einer Wohnraum-Allianz hatte uns Hoffnung gemacht, dass diese Kostentreiber nun zügig angegangen werden.

Ich hatte die Befürchtung, dass sich ein solcher runder Tisch manchmal im Kreis dreht; das war aber nicht richtig. Denn die Teilnehmer der Wohnraum-Allianz haben intensiv gearbeitet, und bereits Mitte November lagen dem Ministerium die Vorschläge der vier Arbeitskreise vor. Den Teilnehmern gingen diese aber erst am 6. Dezember zu für eine Sitzung, die am 8. Dezember stattfand, und zwar mit der Überschrift „Beschlussvorschläge“. Am Sitzungstag selbst erhielten wir eine neue Version mit der Überschrift „Empfehlungen“. Gott sei Dank hat die SPD nachgefragt, woran dies denn lag, und wir haben erfahren, dass die grüne Landtagsfraktion die Umbenennung wünschte, damit deutlich wird, dass die Ergebnisse nicht bindend sind. So kann man doch mit Fachleuten nicht umgehen!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Die Grünen kassieren die Ergebnisse und reduzieren sie auf das, was ihnen genehm ist.

Gleiches ist auch für den angedachten runden Tisch mit der Automobilindustrie zu befürchten, Frau Hoffmeister-Kraut. Wenn die Ergebnisse nicht dem Ideal der E-Mobilität entsprechen, werden sie wahrscheinlich ebenso kassiert.

Um den Strukturwandel im Land begleiten zu können, wäre die Wiedereinsetzung eines Innovationsrats, wie wir ihn schon einmal hatten, sinnvoll,

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

damit wir ergebnisoffen mit den Fachleuten aus Forschung, Industrie und Politik besprechen können, wo es in unserem Land langgehen soll und muss – frei von ideologischem Wunsdenken.

Liebe Frau Hoffmeister-Kraut, geben Sie Gas, bringen Sie die PS der Wohnraumallianz auf die Straße, und ziehen Sie den Fuß Ihres grünen Koalitionspartners von der Bremse! Das wäre eine gute Sache.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ganz kurz mit einem Ausblick auf die Lage Baden-Württembergs starten. Es gab hier wohl einige Unstimmigkeiten.

Herr Dr. Weirauch, es gibt nicht nur eine Publikation, über die man sich informieren kann, wie es der Wirtschaft in Baden-

Württemberg geht. Das Wirtschaftsministerium hat hier ganz klar Position bezogen. Die baden-württembergische Wirtschaft wächst. Sie hat eine hohe Wettbewerbsfähigkeit, und die Resultate des Aufschwungs – das freut mich ganz besonders – kommen auch in der breiten Bevölkerung, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, an. Die Löhne und auch die privaten Einkommen steigen.

Die öffentliche Hand profitiert von wachsenden Steuereinnahmen. Das Geld, das wir ausgeben, muss die Wirtschaft verdienen – jeder Einzelne von uns, jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin.

Wir verzeichnen mittlerweile einen sehr hohen Stand bei den Erwerbstätigen – darauf können wir stolz sein –, die höchste jemals erfasste Zahl von Erwerbstätigen in Baden-Württemberg. Es ist ein wirklich erfreuliches Zeichen, dass bis zum Jahresende sogar die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 8 % gesunken ist.

Lassen Sie mich noch einige Fakten und Zusammenhänge nennen. Die Zahlen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegen noch nicht abschließend vor. Aber das Wirtschaftsministerium, Herr Dr. Weirauch, geht für 2016 von einem Wachstum in der Größenordnung von 1,8 % aus. Das Wachstum der baden-württembergischen Wirtschaft lag 2016 im Bundesdurchschnitt, während es – darauf möchte ich jetzt noch einmal hinweisen; das ist ein ganz wichtiger Aspekt – 2015 mit 3,1 %, so wie es normalerweise üblich war, den Bundesdurchschnitt überstiegen hat.

Der Grund liegt darin, dass 2016 das exportgetriebene Wachstum eingebrochen ist; es stagniert. 2016 hatten wir fast ausschließlich binnenwirtschaftlich getragenes Wachstum, begünstigt durch die niedrigen Zinsen, die gute Beschäftigungslage und den entsprechend hohen Konsum.

Auf der Basis der aktuell verfügbaren Rahmendaten rechnen wir für Baden-Württemberg im Jahr 2017 mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 1,8 %, das dann wieder signifikant über dem Bundesdurchschnitt liegen dürfte.

Die Auftragslage in der Industrie im letzten Quartal 2016 war sehr gut. Die Auftragsbücher sind gefüllt. Für 2017 können wir gute Prognosen abgeben.

Das ist aber kein Grund, sich entspannt zurückzulehnen. Die Risiken in der Weltwirtschaft nehmen zu; wir sind gefordert. Die Lage derzeit ist gut, aber es bestehen große Unsicherheiten. Und Unsicherheiten – wer etwas von Wirtschaft versteht, weiß das – bedeuten Investitionszurückhaltung, und Investitionszurückhaltung bedeutet, dass die Wirtschaft in ihrem Wachstum gehemmt wird.

Wir haben drei große Bereiche. Zum einen: Wie geht es weiter mit Europa, wie geht es weiter mit der Welt? Baden-Württemberg hängt vom Export ab. Jeder dritte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg hängt direkt oder indirekt vom Export ab. 42 % des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg stammen aus dem Export. So, wie es sich derzeit abzeichnet, bezeichnen wir uns weltweit nach einer langen Phase der Öffnung der Märkte und einer globalen Integration jetzt in einer neuen Phase der Abschottung. Die Befürchtungen sind leider begründet. Manche sprechen sogar schon vom Aufstand gegen die Globalisierung.